

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Augenmaß bleibt das Gebot

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1975) : Augenmaß bleibt das Gebot, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 8, pp. 382-383

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134844>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Jürgen Schmahl

Augenmaß bleibt das Gebot

Die Arbeitslosenzahlen sind im Juli erstmals seit einigen Monaten wieder angestiegen. Das macht für jedermann deutlich, daß die Millionenschwelle nun in diesem Jahr nicht mehr unterschritten werden wird. Wäre es anders gekommen, wären es beispielsweise 998 000 statt der tatsächlichen 1 035 000 geworden – für manche Beobachter hätte anscheinend die Welt um vieles freundlicher ausgesehen, obwohl der Unterschied nicht gravierend ist. Eine Ziffer unterhalb der magischen Schwelle von 1 Million wäre von manchen wohl sogar als Lichtblick gefeiert worden. Jedenfalls aber hätte sie verhindert, daß noch am Nachmittag des gleichen Tages, an dem die neuen Zahlen bekannt geworden waren, mehrere wichtige Verbände von der Bundesregierung die unverzügliche Ingangsetzung eines neuen Konjunkturprogramms forderten. Einige betonten, was wohl alle meinten, daß es sich dabei um ein „großes“ Konjunkturprogramm handeln müsse. An der blitzschnellen Reaktion vieler bedeutender Organisationen ist nur eines zu bewundern, nämlich das Tempo. Im übrigen aber ist zu fragen, ob eine Denkpause nicht die bessere Alternative gewesen wäre.

Für die Annahme, daß analysieren besser als fordern gewesen wäre, gibt es eine Reihe von Argumenten. Als erstes die Wertung der Juli-Daten selbst. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bereits im Juli war zwar in den sechziger Jahren ungewöhnlich; seit 1970 aber ist er in jedem Jahr zu beobachten gewesen. Auch die Größenordnung fällt nicht aus dem Rahmen. Versucht man dem unterschiedlichen Niveau Rechnung zu tragen, indem man den Anstieg von Juni auf Juli in Prozenten ausdrückt, so waren es in den Jahren 1970–73 im Durchschnitt 5 %, im Jahr 1974 fast 9 %, dieses Jahr jedoch nur 3 %. Mit anderen Worten: der Anstieg war in diesem Juli geringer als selbst in den relativ

guten Konjunkturjahren zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Dabei ist dieses Ergebnis optisch wahrscheinlich noch zu ungünstig, weil viele Betriebe in Zusammenhang mit den Betriebsferien in diesem Jahr eine Einstellungslücke entstehen ließen. Nun werden die saisonbereinigten Zahlen trotz allem eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit anzeigen. Doch wenn man berücksichtigt, wie unsicher sie generell sind und wie fragwürdig speziell aufgrund der geschilderten Einflüsse im Juli, dann kann die jüngste Arbeitsmarktentwicklung nicht beweiskräftig so pessimistisch interpretiert werden, wie das weithin geschehen ist.

Als zweites ist der Stellenwert von Arbeitsmarktdaten – nicht etwa der Stellenwert des Beschäftigungsziels – in der Situationsanalyse zu berücksichtigen. Es wird immer wieder übersehen, daß der Arbeitsmarkt ein typischer „Nachläufer“ der Konjunktur ist. Dies ist die Reihenfolge des Geschehens: Am Anfang steht die Veränderung der Nachfrage, sehr rasch folgt die Produktion – die oft vermutete Pufferfunktion der Auftragsbestände hat nach den bisherigen Erfahrungen wenig Bedeutung –, erst Monate später die Beschäftigung. Der Beschäftigungsrückgang von heute spiegelt also den Nachfrage- und Produktionsrückgang vom Frühjahr wider. Die Konsequenz für zukunftsgerichtete Überlegungen ist, daß die Beschäftigung wahrscheinlich noch monatelang abnehmen wird, wenn sich Nachfrage und Produktion schon stabilisiert haben, ja, wieder ansteigen. Wer die Beschäftigungsentwicklung allein zum Maßstab seines Urteils macht, läuft also Gefahr, noch Monate nach der Wende von Nachfrage und Produktion neue Expansionsmaßnahmen zu fordern.

Die Neigung zu so einseitiger Urteilsweise ist offensichtlich.

Dafür spricht die Tatsache, daß der geradezu boomartige Auftragsstoß im Juni die Meinungsbildung der Fordernden offenbar überhaupt nicht beeinflusst hat. Zwar beruhte dieser Auftragsstoß auf dem Auslaufen der Investitionszulage und war also „einmalig“. Aber hat man sich über mögliche Anstoßwirkungen Gedanken gemacht, was ja um so naheliegender wäre, als sich in den letzten Monaten schon deutliche Tendenzen zur Stabilisierung gezeigt haben? Muß man nicht nach den Erfahrungen mit der Beurteilung der Primärwirkung der Investitionszulage — ihr war von großen Wirtschaftsverbänden fälschlicherweise ein Desaster vorausgesagt worden — einen Hang zur Unterschätzung vermuten? Könnte es nicht sein, daß man aus der Rückschau erkennen wird, daß in Wirklichkeit die Wende schon jetzt erreicht ist? Niemand kann das heute mit Sicherheit sagen, allein, ganz unwahrscheinlich ist es nicht. Dann aber hätte man anhand des falschen Indikators (Arbeitsmarkt), der zudem unzutreffend interpretiert wäre (das Juli-Ergebnis), Maßnahmen gefordert, die zu spät kommen (Zeitbedarf bis zur ökonomischen Wirkung) und dann wahrscheinlich auch noch ein „Zuviel“ bewirken.

Ob Konjunkturprogramm oder nicht, ob großes oder kleines Programm — alle diese Fragen wären weniger brisant, wenn das Risiko nur darin bestünde, schlimmstenfalls etwas nicht mehr Notwendiges zu tun. (Dann wäre es allein noch problematisch, die ohnehin „klammen“ öffentlichen Hände weiter finanziell zu strapazieren.) Doch so einseitig ist das Risiko nicht verteilt. Es besteht vielmehr durchaus die Gefahr, daß zu viel getan wird. Wenn im Aufschwung die Normalisierung der Verbrauchsneigung, die Wiederauffüllung der Läger und die Erholung der Ausfuhr — man unterschätze nicht die Rasanz der Belebung in einem weltweiten Parallelprozeß — zusammentreffen mit den Spätfolgen des dritten

Konjunkturprogramms (Auszahlung der Investitionszulage im Jahre 1976), dann ist kein Platz mehr für die in der Masse gerade dann wirksam werdenden Effekte eines neuen großen Konjunkturprogramms. Das „Wenn“ ist freilich konditional zu lesen, denn dieses Bild geballter Aufschwungkraft muß nicht unbedingt die Realität des Jahres 1976 sein — aber sie kann es. Dabei ist durchaus nicht vergessen, daß es in unserer Wirtschaft heute größere Strukturprobleme gibt als früher. (Man sollte aber nicht der verbreiteten Neigung folgend so tun, als habe unsere Wirtschaft früher keine Strukturprobleme zu bewältigen gehabt.) Doch manches, was heute für Strukturwandel gehalten wird, dürfte sich als Konjunkturphänomen und damit als vorübergehend erweisen. Und was von struktureller Problemqualität ist, verhindert noch keinen Aufschwung. Den kann man z. B. auch ohne Bauboom haben.

Es besteht also weder Veranlassung noch Unbedenklichkeit, jetzt gewissermaßen blindwütig das Feuer der Konjunktur anzufachen. Zu überlegen ist jedoch, ob man Maßnahmen ergreift, die drei Kriterien erfüllen: schnelle Ingangsetzung, Zielrichtung auf besonders stark unterbeschäftigte Branchen und ein Umfang, der auch hinsichtlich der Sekundärwirkungen (über die Einkommensbildung auf andere als die „Zielbranchen“ und zu einem späteren Zeitpunkt) unbedenklich ist. Nun sind solche Überlegungen schon überholt, was das „Ob“ betrifft. Die Bundesregierung hat sich schon vor der jüngsten Forderungswelle selbst unter Zugzwang gesetzt, indem sie ein neues Konjunkturprogramm ankündigte. Da es zugleich Beitrag zu einer sogenannten konzertierten Aktion mit Frankreich und den Benelux-Ländern sein soll, bestand wohl auch außenpolitisch keine andere Wahl. Also hängt alles vom „Wie“ ab.

Was bisher über die Absichten der Bundesregierung bekannt

ist, scheint den drei genannten Kriterien zu entsprechen. Das Programm wird nicht zuletzt vergabereife Projekte der öffentlichen Hand umfassen, es betrifft vor allem die Bauwirtschaft, die Größenordnung von 4–5 Mrd. DM hält das Risiko eines späteren „Zuviel“ in engen Grenzen. Die Bedenken sind um so geringer, als ein solches Programm teilweise nur jene Lücken füllen würde, die jetzt in der Vergabe von Bauaufträgen durch Länder und Gemeinden eintreten. Diese Gebietskörperschaften wiederholen offenbar unter dem Druck der angespannten Kassenlage die konjunkturpolitischen Fehler des Jahres 1967; sie sparen zur falschen Zeit und vor allem an der falschen Stelle.

Da also die Grundentscheidung schon feststeht, kommt es nur noch darauf an, die Ausgestaltung des neuen Konjunkturprogramms in der anscheinend beabsichtigten Weise vorzunehmen. Schnelligkeit wird dabei groß geschrieben. Rasches Handeln könnte in der Tat bewirken, daß die Beschäftigungsentwicklung vor allem im Baugewerbe und bei den Zulieferern in den Wintermonaten etwas günstiger verläuft als ohne ein Konjunkturprogramm. Doch man sollte sich keine Illusionen über die Arbeitsmarktentwicklung bis zum nächsten Frühjahr machen. Selbst ein großes, und das hieße auch schwerfälliges, Programm könnte angesichts der Rigiditäten im Wirtschaftsablauf nicht verhindern, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter noch höher wird als im vergangenen. Das ist mit dem erreichten hohen Ausgangsniveau besiegelt, von dem aus der Anstieg der Winterarbeitslosigkeit beginnen wird. Massive Maßnahmen würden das, wie gesagt, nicht verhindern, sie würden aber erhebliche Gefahren für das „Gleichgewicht“ im nächsten Aufschwung bedeuten. Daher sollte sich die Bundesregierung von weitergehenden Forderungen nicht beeindrucken lassen. Augenmaß bleibt das Gebot.